

böll.brief

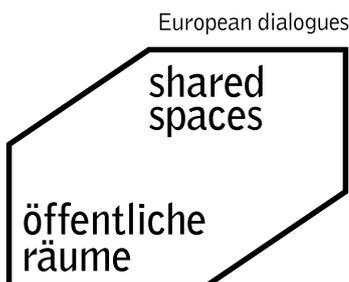
ÖFFENTLICHE RÄUME #6

Juni 2019

Medienöffentlichkeit als Raum der Begegnung

Europäische Erfahrungen

DR. CHRISTIAN SCHWARZENEGGER



HEINRICH BÖLL STIFTUNG
STIFTUNGSVERBUND

Das **böll.brief – Öffentliche Räume** bietet Analysen, Hintergründe und Impulse zur Stärkung und Erneuerung öffentlicher Räume als Schlüssel für das demokratische und soziale Zusammenleben. Neben Vorschlägen zu einer allgemeinen Strategie der öffentlichen Räume liegen die Schwerpunkte auf öffentlichen Bildungsräumen, Medienräumen, ästhetischen Räumen sowie Räumen in Stadt und Land.

Das **böll.brief** der Abteilung Politische Bildung Inland der Heinrich-Böll-Stiftung erscheint als E-Paper im Wechsel zu den Themen «Teilhabe-gesellschaft», «Grüne Ordnungspolitik» und «Demokratie & Gesellschaft» und «Öffentliche Räume».

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1 Warum Gesellschaft Medienöffentlichkeit als Raum der Begegnung braucht	4
2 Die Gefährdung öffentlicher medialer Räume als soziale Begegnungsstätten	8
2.1 Beschleunigte Differenzierung und drohender Zerfall	8
2.2 Personalisierung, Manipulation und Misstrauen	10
2.3 Populismus gegen Medien – Medien des Populismus	13
2.4 Europa – gemeinsame Erfahrung, aber keine gemeinsame Öffentlichkeit	14
3 Was getan werden könnte, öffentliche mediale Räume als soziale Begegnungsstätten zu bewahren und neu zu denken	17
3.1 Erinnerung als ein gemeinsamer Raum der Medienöffentlichkeit	17
3.2 Öffentliche Räume der Entschleunigung	19
3.3 Mediale öffentliche Räume – lokal, translokal und europäisch	20
Literatur	23
Der Autor	25
Impressum	25

Zusammenfassung

Das vorliegende Papier diskutiert Bedeutung und Zukunft von Medienöffentlichkeiten als öffentlichen, gemeinsamen Räumen (Shared Spaces) – den Räumen des gesellschaftlichen Miteinanders. In einem ersten Teil wird dargelegt, welche Funktionen diese geteilten Räume zu erfüllen haben und wie (digitaler) Medienwandel einerseits und grenzüberschreitende Vergesellschaftung, Transnationalisierung und Globalisierung andererseits diese Rolle herausfordern können. Im zweiten Teil wird anhand verschiedener Problemzonen und europäischer Erfahrungen ausdifferenziert und eingeordnet, welchen Gefährdungen und Veränderungen medienöffentliche Räume in diesem Wandel begegnen. Der dritte Teil schließlich geht auf mögliche politische Handlungsfelder ein, die sich aus den dargestellten Konfliktfeldern ableiten lassen. Es werden Empfehlungen formuliert, die eine Rolle spielen sollten, um die Funktionsfähigkeit von medialen öffentlichen Räumen zu bewahren.

1 Warum Gesellschaft Medienöffentlichkeit als Raum der Begegnung braucht

Gesellschaft braucht Begegnung, Austausch und Koordination. Begegnung erfordert Räume, in denen sich diese ereignen kann; und durch Begegnung werden Räume geschaffen und mit Bedeutung gefüllt. Neben konkreten Orten und Plätzen im physischen Raum gibt es auch symbolische und medial verfasste Räume. Mögliche gemeinsame, geteilte Räume bietet dabei die Medienöffentlichkeit.

Funktionen von Medienöffentlichkeit: Information, Synchronisation, Integration

Medien haben in ihren Grundfunktionen die Aufgabe, Information für die gesellschaftliche Debatte zur Verfügung zu stellen. So sollen der Einzelne und das Gemeinwesen insgesamt in die Lage versetzt werden, auf Basis umfassender und ausgewogener Kenntnisse zu entscheiden und an gesellschaftlichen Entscheidungsfindungsprozessen mündig zu partizipieren. Eine moderierende, selektierende und ordnende Rolle in diesem «Selbstgespräch der Zeit» (Birkner 2012) hat lange Zeit primär der Journalismus erfüllt. Neben der Stiftung einer gemeinsamen Basis zur Realitätsinterpretation im Heute bieten Medienöffentlichkeiten zudem Grundlagen für das kollektive Gedächtnis und eine gesellschaftliche Erinnerung an sich selbst.

Medienöffentlichkeit hat zugleich eine Synchronisationsfunktion. Die Taktung der verschiedenen Lebensbereiche und Erfahrungszusammenhänge unterschiedlicher Bürger/innen soll so weit in Einklang gebracht, ein solches Maß an Gleichzeitigkeit ermöglicht werden, dass gesamtgesellschaftlich relevante Themen auch zur gleichen Zeit bekannt gemacht und besprochen werden können. Denn ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen, das selbstbestimmt in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen, setzt voraus, dass die ihm Angehörenden ein Mindestmaß an Übereinstimmung darüber teilen, welche Themen wichtig sind – auch dies lässt sich als ein «Common Meeting Ground» (Geiß et al. 2018) begreifen. Diese sind jedoch nicht stabil und müssen immer wieder in Öffentlichkeit verhandelt, adaptiert und legitimiert werden. Diese Synchronisationsfunktion ist durch die Ausdifferenzierung des Mediensystems und die vielfältigen Erweiterungen der Räume medialer Öffentlichkeit zusehends in Auflösung begriffen.

Als eine weitere Rolle der medialen Öffentlichkeit lässt sich schließlich ihre Integrationsfunktion ausmachen. Integration bedeutet dabei jedoch nicht Angleichung an eine konkrete Deutungslinie. Sie kann durchaus auch in Kontroversen umschlagen, stellt aber Berührungspunkte bereit, die den Austausch divergenter Sichtweisen auf ein gemeinsames Thema überhaupt erst ermöglichen. Mediale Integration bedeutet somit unterschiedliche Meinungen zum selben Thema als zusammengehörige Elemente eines gesellschaftlichen Diskurses begreifen und interpretieren zu können. Durch die

Räume einer gemeinsamen Medienrezeption und -nutzung kann mediale Öffentlichkeit überdies gemeinschaftskonstituierende Wirkungen entfalten. Die gemeinsame Teilhabe setzt dabei nicht zwingend eine Kopräsenz am selben physischen Ort und zur selben Zeit voraus. Auch soziale Medien und digitale Plattformen können als eine kommunikative Erweiterung der Lebenswelt, als Orte des Miteinanders Gemeinschaftserlebnisse begründen (z.B. zum «Tatort» twittern, Sporterfolge bejubeln, Notre-Dame beweinen), die sich als «Schmiermittel» von Gesellschaft begreifen lassen. Integration durch Medienkommunikation kann also auch dadurch erfolgen, dass mediale Öffentlichkeit Gesprächstreibstoff für Anschlusskommunikation und soziale Interaktion in anderen öffentlichen medialen Räumen der Begegnung anbieten kann. Wird die Medienöffentlichkeit insbesondere stark für explizit politische Inhalte oder zur politischen Willensbildung beitragende Themen als relevant erachtet, erlauben Unterhaltungsöffentlichkeiten Anschlusskommunikation und die Begründung von Gemeinsamkeit. Neben der Möglichkeit zur Vergemeinschaftung bietet sich dabei auch immer die zur Distinktion.

Medienöffentlichkeit im digitalen Zeitalter

Traditionelle journalistische Medien, die auf die Herstellung von Öffentlichkeit gerichtet sind, stellen gesellschaftliche Institutionen dar. Sie sind durch ihre gesellschaftliche Funktion und daran gebundene Normen, Regeln und Routinen gekennzeichnet (Jarren 2019). Über die Zeit und durch Praxis wird eine solche Institution durch Gebrauch bestätigt und gegenüber der Gesellschaft legitimiert. Damit werden Unsicherheiten reduziert und Erwartungen steuerbar. Das gibt letztendlich nicht nur Berechenbarkeit und Verlässlichkeit, sondern auch Belangbarkeit und Accountability, werden die Normen verletzt und Rollenerwartungen nicht erfüllt. Um zu gewährleisten, dass die unterschiedlichen, in ihren vielfältigen Dispositionen und Voraussetzungen möglichen Sichtweisen und Haltungen zu einem Thema auch entsprechend Widerklang finden, sind medienpolitische Maßnahmen auf die Bereitstellung, Gewährleistung und Erhaltung von Pluralität gerichtet. Dabei geht es sowohl um eine Vielstimmigkeit und ein differenziertes Meinungsspektrum innerhalb einzelner Medienorganisationen, als auch um eine äußere Medienvielfalt über die Gesamtheit der medialen Angebote hinweg. Nicht jedes einzelne Medium und schon gar nicht jeder einzelne Beitrag muss dann immer die Gesamtheit der Meinungen abbilden.

Die Funktion von Medien, Räume zur gesellschaftlichen Selbstbeobachtung, Selbstthematisierung und somit Selbststeuerung anzubieten, ist durch gesellschaftliche, politische und auch medienspezifische Transformationsprozesse zusehends herausgefordert.

Transformationen von Medienöffentlichkeit: Transnationalisierung

Dabei handelt es sich erstens um eine Transformation des Bezugssystems öffentlicher Kommunikation. Traditionell sind Fragen der Öffentlichkeit primär auf national begrenzte Gebiete bezogen gedacht worden – nicht zuletzt, weil auch die Verbreitungsgebiete der Medienangebote in aller Regel national orientiert und begrenzt waren (transnationale

Mediennutzung etwa in Grenzregionen oder die oft einseitige Nutzung der Medien aus einer anderen Nation gleicher Sprache wie zwischen Österreich und Deutschland oder Belgien und Frankreich ist konzeptionell eher Ausnahme denn Regel). Die Transnationalisierung und insbesondere der europäische Einigungsprozess stellen die Rolle von Medienöffentlichkeit als integrale Notwendigkeit zur selbstbestimmten Teilhabe an einem funktionierenden demokratischen Gemeinwesen auf die Probe. In einer erkennbar supranational organisierten und von Transnationalisierung (in spezifischer Spielart *Europäisierung*) und Globalisierung geprägten Welt wird zusehends unklar, was der Referenzpunkt der gesellschaftlichen Selbstbeobachtung sein soll und kann: nationale Einheiten, das Europa der EU oder ein anderes, die Welt insgesamt? Oder reicht der Bezug auf ein traditionell etabliertes Konstrukt des «Westens»? Und was geht mit den jeweiligen Perspektiven, ihren impliziten Ein- und Ausschlüssen einher? Medienöffentlichkeiten als geteilte Räume von Gesellschaften stehen somit vor der Herausforderung, nicht nur symbolische Räume zur Begegnung anzubieten, sondern auch zu transportieren und zu vermitteln, was diese Räume zu gemeinsamen macht und warum die darin zu Versammelnden sich als Gemeinschaft oder Gesellschaft verstehen sollten. Hier treten nationale und transnationale/europäische Referenzpunkte und Identifikationsangebote zueinander in Konflikt.

Transformationen von Medienöffentlichkeit: Differenzierung, Fragmentierung, Pluralisierung

Zweitens führen Medienwandel und Digitalisierung zu einer Transformation der Medienöffentlichkeit selbst und zu sich ausdifferenzierenden medialen, öffentlichen Räumen. Ausgangspunkt sind zwar nicht erst rezent einsetzende, jedoch durch jüngste Mediatisierungsschübe beschleunigte Prozesse der Ausdifferenzierung und Fragmentierung von Öffentlichkeit. Öffentliche Medien sind heute vielfältiger als zuvor. Die lange Zeit unbestritten zentralen Säulen der öffentlichen Meinungsbildung in Form von Journalismus in Rundfunk und Zeitung, egal ob analog oder digital aufbereitet, sind durch eine Vielzahl weiterer Akteure und Plattformen der medialen Öffentlichkeit ergänzt worden. Das Internet erleichtert die Partizipation, Interaktion und Transparenz und bietet somit grundsätzlich verbesserte Voraussetzungen zur Etablierung von dialogischer Öffentlichkeit. Diese ist nicht nur Grundlage der Meinungs- und Willensbildung, sondern ermöglicht darüber hinaus die unmittelbare und direkte Beteiligung in konkreten Räumen der öffentlichen Kommunikation. Die Teilhabe an der Öffentlichkeit der Massenmedien zuvor war jene eines «dispersen Publikums», das an einer indirekten und einseitigen Kommunikation teilnimmt. Seine durch Stellvertreter/innen vermittelte Stimme musste erst durch Journalist/innen aufbereitet zum Bestandteil der Öffentlichkeit werden. Die neu hinzugekommenen Akteure sind einerseits zu Intermediären geworden, die den Zugang zu und die Zirkulation von journalistischen Inhalten stark beeinflussen, steuern und kanalisieren können. Andererseits sind damit auch Akteure zu einem Teil der medialen Öffentlichkeit geworden, die anderen Logiken folgen. Sie sind einem Ziel der ausgewogenen Bereitstellung von Information zum Ermöglichen demokratischer Willensbildung und

gesellschaftlicher Teilhabe nicht verpflichtet sind – noch nicht einmal als normatives Abstraktum. Traditionellen Definitionen von Öffentlichkeit ist es gemein, dass sie diese als prinzipiell offen denken. Das heißt, jede und jeder kann Zugang zu ihr finden, zumindest in einer beobachtenden Publikumsrolle. Medientechnische Entwicklungen führen verstärkt dazu, dass über den Zugang zu Räumen der Öffentlichkeit neue Instanzen mitentscheiden. Sie tun dies im Bereich der maschinell personalisierten Selektion von Inhalten oder grundlegend in Kompetenzen der Handhabung von Technologie, etwa entlang von Generationengrenzen, die über Inklusion und Exklusion oder die Teilhabe an verschiedenen Öffentlichkeiten befinden.

Der zweite Teil dieses Papiers führt aufbauend auf europäischen Erfahrungen zu diesen Transformationsprozessen exemplarisch aus, warum öffentliche mediale Räume als soziale Begegnungsstätten gefährdet sind.

2 Die Gefährdung öffentlicher medialer Räume als soziale Begegnungsstätten

Soll mediale Öffentlichkeit einen «Common Meeting Ground» für die Gesellschaft bereitstellen, sie mit Information versorgen, Themen und Diskurse synchronisieren und als Bezugspunkt und Erlebnisauslöser zur Verfügung stehen, dann ist dieser gefährdet, wenn sich die gemeinsamen Begegnungschancen reduzieren. Das wird paradoxerweise gerade dadurch begünstigt, dass die Möglichkeiten, sich in die Öffentlichkeit einzubringen, niedrighschwelliger geworden sind und – eigentlich wünschenswert – sich mehr Stimmen und diversifizierte Akteure in medialen Räumen artikulieren können. Auf Seiten der Nutzer/innen wird dadurch eine weitgehend zeitsouveräne, individualisierte und präferenzbestimmte Medienzuewendung befördert. Persönlich bevorzugte Themen werden konkret angesteuert, während andere, aber gesellschaftlich relevante Inhalte vermieden werden können. Wichtige Agenden, die öffentliche Aufmerksamkeit suchen, müssen dazu nicht mehr zwingend und ausschließlich die Filter der journalistischen Selektionskriterien durchlaufen. Vielstimmigkeit kann sich daher als problematisch erweisen, wenn die Stimmen gleichzeitig, aber nicht aufeinander bezogen erklingen, keinen gemeinsamen Raum mehr finden, sondern sich in ganz unterschiedlichen Räumen wechselseitig ignorieren können. Die Frequenzierung eines gemeinschaftlichen Raumes medialer Öffentlichkeit wird weniger dringlich, wenn jemand es sich in maßgeschneiderten Nischen bequem einrichten kann.

Ist also einerseits Pluralität von Positionen und Inhalten in der Öffentlichkeit eine medienpolitisch als erstrebenswert erachtete Voraussetzung für die demokratische Willensbildung, kann andererseits gerade die durch medientechnischen Fortschritt ermöglichte Pluralisierung und Ausdifferenzierung der medialen Räume für eine Reduktion der Bindekraft einer gemeinsamen Öffentlichkeit verantwortlich gemacht werden. In extremen Szenarios wird durch damit einhergehende Individualisierung und Polarisierung zwischen Orientierungen und Gruppen das gesellschaftliche Zusammenleben insgesamt als gefährdet angesehen.

2.1 Beschleunigte Differenzierung und drohender Zerfall

Neu ist diese Sorge allerdings keineswegs. Spätestens mit der aufkommenden «Neuen Vielfalt» (Birkner et al. 2015) des dualen Rundfunksystems in den 1980er Jahren setzt jener Prozess der Ausdifferenzierung von Medienöffentlichkeit ein, der seither noch beschleunigt wird. Seit dieser Zeit wird die Ausdifferenzierung auch als drohende Fragmentierung und Auflösung der gesellschaftlichen Kohäsionskraft debattiert. Neben der Zunahme an deutschen Fernsehangeboten wurde etwa auch die durch Satellitentechnik ermöglichte Nutzung von ausländischen Programmangeboten, insbesondere aus den Herkunftsländern von Migrant/innen, primär als eine Gefährdung der Integrationsfunktion

der Medienöffentlichkeit gesehen. Dabei kann eine Erweiterung der Räume medialer Öffentlichkeit auch Chancen bringen. Der Umgang mit einer Pluralität an Sichtweisen, basierend auf verschiedenartigen Erfahrungen im nationalen Bezugsrahmen, wird als ein Ziel von medialer Öffentlichkeit gesehen. Eine grenzüberschreitende, transnationale oder transkulturelle Mediennutzung kann prinzipiell ebenfalls zu einer Perspektivenerweiterung beitragen. Entscheidend ist auch hier weniger allein, woher die medialen Angebote, die genutzt werden, kommen, sondern wie sie in ein Gesamtrepertoire an Informations- und Unterhaltungsquellen eingebunden werden. D.h. vor allem zu beachten wie mündig und kritisch mit ihnen umgegangen wird und wie gut es gelingt, die aus ausdifferenzierten Teilöffentlichkeiten gewonnenen Eindrücke und Einsichten zueinander in Beziehung zu setzen.

Der neuerliche Strukturwandel der medialen Öffentlichkeit – durch das Aufkommen des Internets, (alternativer) Onlinemedien und schließlich Social Media sowie digitale Plattformen von global operierenden Konzernen befeuert –, hat die Bedingungen öffentlicher Kommunikation aber grundlegender verändert. Er hat eine Rekonfiguration der Räume öffentlicher Begegnung angestoßen. Der mit einem gesellschaftlichen Auftrag ausgestattete öffentlich-rechtliche Rundfunk konkurriert nicht mehr nur mit privatkommerziellen Medienanbietern, die in einer anderen Organisationsform und anderer inhaltlicher wie gestalterischer Schwerpunktsetzung ein in den Grundlogiken doch vergleichbares inhaltliches Spektrum anbieten. Die publizistischen Medien insgesamt stehen in Konkurrenz um Aufmerksamkeit und im Wettbewerb mit digitalen Medien, die ebenfalls grundlegende Thematisierungs-, Selektions-, Vernetzungs- wie Bewertungsleistungen für ihre Nutzer/innen ermöglichen (Jarren 2019). Dieser Wettbewerb ändert nicht nur Erscheinungsformen und Geschwindigkeit öffentlicher Kommunikation, sondern löst auch einen Wandel im professionellen Journalismus aus. Dieser versucht sich unter den veränderten Gegebenheiten neu zu positionieren und sein Geschäfts- wie auch Funktionsmodell zu stabilisieren – ersteres dabei durchaus auf Kosten von Zweitem. Veränderungen auf Seiten von Anbietern, Inhalten und Formaten der öffentlichen Kommunikation beeinflussen auch die Sichtbarkeit und Verbindlichkeit von Themen, Akteuren und Meinungen in der Zivilgesellschaft (Pfetsch et al. 2018). Dadurch werden u. a. die Rollen, Funktionen und Intentionen der Akteure, die an der Kommunikation zu einzelnen Themen beteiligt sind, durchmischt und weniger transparent.

Bemerkenswert ist, wie innerhalb von kaum zwei Jahrzehnten in der wissenschaftlichen Kommentierung und öffentlichen Diskussion die Stimmung bezüglich dieses Strukturwandels teilweise umgeschlagen ist. Oftmals euphorische Erwartungen angesichts des emanzipatorischen und partizipatorischen gesellschaftlichen Potenzials durch Vervielfältigung der Teilhabechancen und neue Formen der politischen Willensbildung sind international weitgehend verebbt. Durch medienöffentlich durchaus überhitzte und dramatisierte Debatten rund um tendenziell überschätzte Echokammern und Filterblasen, Datenskandale, Fake News oder Trollarmeen verkehrt sich das mitunter bis zur Frage, inwiefern soziale Medien die Demokratie gefährden und ob die Demokratie vor Facebook

und Co. noch gerettet werden kann. Die öffentlichen Räume der digitalen Kommunikation sind zum Januskopf geworden.

2.2 Personalisierung, Manipulation und Misstrauen

Während die Strukturen digitaler und vernetzter Öffentlichkeiten einerseits freien Zugang, Partizipation sowie Transparenz ermöglichen, sind sie andererseits den ökonomischen sowie rechtlich-politischen Strukturen, Möglichkeiten der Steuerung, Instrumentalisierung und Beeinflussung von Informationsflüssen durch die technischen Plattformen unterworfen. Das wiederum hat Konsequenzen für die Informationsmöglichkeiten und Inklusionsansprüche von Bürger/innen (Pfetsch et al. 2018).

Öffentlich diskutiert werden diese Veränderungen vorwiegend anhand (1) technischer Bedingungen des Informationszugangs, (2) gezielt manipulierender Unterwanderung und Aushöhlung der Öffentlichkeitsräume sowie (3) bezogen auf Legitimations- und Vertrauenskrisen der traditionellen Medien bis hin zu offener Medienfeindlichkeit und deren Konsequenzen für das gesellschaftliche Miteinander.

- (1) Technische Bedingungen des Informationszugangs können in digitalen Medienwelten insofern im Konflikt mit der Informationsfunktion der Medienöffentlichkeit stehen. Denn es eröffnet sich nicht nur neue Vielfalt, sondern auch der Zugang zu den vielfältigen Medienräumen wird personalisiert anstatt allgemein geteilt. Algorithmen als undurchsichtige, eben nicht transparent funktionierende Instanzen des vorselektierenden und gewichtenden Filterns von Informationsangeboten können so personalisierte Informationswelten schaffen, die sich nicht an demokratischen Prinzipien orientieren müssen. Die Ein- und Ausblendung von Inhalten erfolgt nicht anhand von professionellen Kriterien des journalistischen Nachrichtenwesens, sondern für die Nutzenden weithin intransparent und im Hintergrund. Die Pluralität der Informationsräume wird dann problematisch, wenn deren Auswahl weniger durch aktive Zuwendungsentscheidungen der Nutzer/innen erfolgt als durch automatisierte Abläufe. Anstelle der Wichtigkeit der Information ist vielmehr das, was gefällt bzw. Interaktion mit der technischen Plattform wahrscheinlich macht (also Traffic generiert) die zentrale Kategorie.

Gerade in der medienöffentlichen Debatte über die Macht der Algorithmen (scheinbar immer jene, die von den jeweils anderen genutzt werden) ist «Algorithmus» dabei zu einem weithin technoiden «Gottseibiens» geworden, einem begrifflichen Statthalter für alles Maliziöse, für sinistre Steuerungsabsichten, Kapitalisierungsstrategien und alles, was Menschen im Umgang mit digitalen Technologien als Alltagsanwender/in nicht wirklich versteht. Gerade mangelnde technische Fundierung und Erklärung der Funktionsweise begünstigt die Rolle als Schreckgespenst und Sündenbock. Denn damit bleiben auch tatsächliche Fragen nach der Ethik von Algorithmen und der Verantwortung jener, die sie gestalten und für bestimmte Zwecke mit spezifischen

Konsequenzen einsetzen, weitestgehend im Hintergrund. Der «Algorithmus» macht dann etwas, und nicht die Plattformen, Unternehmen, Behörden oder anderen Organisationen, die sich seiner bedienen, um bestimmte Entscheidungsabläufe automatisieren zu können. Dabei wären gerade Aufklärung und Transparenz bezüglich der Bereiche, in denen Algorithmen bereits zum Einsatz kommen, und darüber, wie sie grundsätzlich, aber auch im Konkreten funktionieren, wichtige Voraussetzungen für die Teilhabe an der digitalen Gesellschaft.

Starken Widerhall finden Sorgen, dass Menschen durch Algorithmen zusehends als Informationseremiten in Echokammern getrieben würden, in denen ihnen keine andere Sichtweise als die bereits etablierte eigene präsentiert würde. Diese haben sich bislang in dieser Form allerdings empirisch nicht belegen lassen. Weder verlieren Menschen, die Informationen primär online beziehen – übrigens nach wie vor eine absolute Minderheit –, völlig den Anschluss an die gesellschaftliche Themenpalette, noch wird ihr Medienmenü zwingend einseitig. Einzelne Studien zeigen sogar (Fletcher/Nielsen 2017), dass intensive Onlinenutzer/innen mitunter mit einer stärker diversifizierten Medienkost, also mit Inhalten aus weiter gefächertem politischen Hintergrund, in Berührung kommen. Gleichzeitig bedeutet aber der Kontakt mit vielfältigen und weltanschaulich diversen Informationen nicht automatisch, dass diese zu einem auf Konsens ausgerichteten und ausgewogeneren Meinungsbild führen würden. Im Gegenteil: Es gibt Hinweise dafür, dass gerade die Konfrontation mit anderen weltanschaulichen Positionen Polarisierung verstärkt (Karlsen et al. 2017), anstatt diskursiv auflösend zu wirken. Der Medienwissenschaftler Bernhard Pörksen (2018) spricht daher etwa auch statt von der Filterblase von einem Filter Clash, wenn divergente Sichtweisen aufeinanderprallen.

- (2) Eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren medienöffentlicher Räume als geteilter Räume der Begegnung und des Austausches ist ein grundsätzliches Vertrauen in die Funktionstauglichkeit der sozialen Institutionen, die mit dem Herstellen von Öffentlichkeit betraut sind. Das bedeutet auch, dass Informationen prinzipiell als vertrauenswürdig gelten und kein permanenter Manipulationsverdacht besteht. Gerade dieses prinzipielle Vertrauen wird teils gezielt unterminiert.

«Fake News» sind in diesem Kontext schnell zu einer Chiffre geworden, die heute insbesondere nicht mehr nur dazu genutzt wird, gezielte Desinformation zu markieren, sondern um missliebige Informationsinhalte von jedweder Seite als unglaubwürdig zu diskreditieren. Die Definitionsversuche für Spielarten digitaler Desinformation sind dabei vielfältig und, wie Untersuchungen zeigen, insbesondere auf Seiten der Nutzer/innen keineswegs eindeutig und trennscharf. In der Perspektive von Nutzer/innen vermengen sich politische Manipulationsversuche, betrügerisches Clickbaiting und als unausgewogen empfundene Berichterstattung unter dem Etikett «Fake News». Das ist auch gar nicht besonders verwunderlich. Insbesondere in digitalen Medienkontexten oder kurzum im Internet sind Nutzer/innen zusehends mit einem «Kollaps der Kontexte» (Pörksen 2018) und einer Auflösung von Hierarchien (Boczkowski/Mitchelstein/Matassi 2018) zwischen verschiedenen

Informationsbeständen konfrontiert. Der journalistische Bericht über die Bundestagsdebatte, Faultiervideos, Produktmarketing, aufmerksamkeitsweckende Pseudonachrichten und politische Propaganda begegnen den Nutzer/innen als Elemente desselben digitalen Streams und sind nicht mehr sauber nach Formaten und Angebotstypen getrennt. Sie können einander wechselseitig in Wahrnehmung und Beurteilung beeinflussen.

Menschliche (etwa Trolle) und nichtmenschliche Akteure (etwa Bots), die versuchen, gezielt Einfluss auf die Informationslandschaft zu nehmen und demokratische Willensbildung zu manipulieren, sind vergleichsweise prominent diskutierte, aber in ihrem tatsächlichen Einfluss schwierig abzuschätzende Phänomene. Das Bestreben solcher Operationen ist es, neben dem «Mainstreaming» von eigenen, oft radikalen politischen Positionen als im Diskurs verbreitete und als legitim erachtete Positionen die Medien als Bereitsteller öffentlicher Räume in Zweifel zu ziehen. Dazu wird etwa gezielt Desinformation in Umlauf gebracht. Auch durch konzertierte Onlinekommentierungen kann versucht werden, auf das Meinungsklima einzuwirken oder eine bestimmte Haltung als öffentliche Mehrheitsmeinung erscheinen zu lassen.

Diese Gefahr muss sicherlich thematisiert werden, überstrapaziert Problemlagen aber auch. Zugleich wird die Resilienz von Nutzer/innen, sich in digitalen Medienkontexten nicht einfach beliebig manipulieren zu lassen, unterschätzt. Oftmals wird ausgeblendet, dass der Kontakt mit solchen Inhalten in der Regel nur einen Bruchteil der gesamten Mediennutzung ausmacht. Stärker aber droht wohl die Gefahr, dass durch eine gezielte Förderung von für digitale Kommunikation typischen beschleunigten, affektiven und stark verkürzenden Kommunikationsmodi die Polarisierung zwischen Lagern so stark akzentuiert wird, dass Onlineräume zunehmend eine toxische Diskursatmosphäre aufweisen und sich Bürger/innen nicht mehr an dortigen Diskussionen beteiligen wollen. Damit würden die Potenziale der digitalen Räume als gemeinsame, geteilte Kommunikationsräume des Sozialen verloren gehen.

Die relativ starke, aber recht differenzierungsarme öffentliche Präsenz von Warnungen beispielsweise vor russischen Trollen und Bots hat aber noch eine weitere, eher unerwartete Konsequenz für das öffentliche Diskursklima. In jüngeren Onlinediskussionen kann nämlich eine Strategie beobachtet werden, das Gegenüber als Troll oder Bot zu bezichtigen. Dies soll ganz grundsätzlich und abseits des eigentlich Gesagten die Position des anderen delegitimieren und steht somit einem rationalen Diskurs entgegen. Nicht zuletzt handelt es sich dabei, wenn auch oft spielerisch kokettierend verwendet, de facto um eine Entmenschlichungshandlung, da dem Kontrahenten oder der Kontrahentin durch den Bot-Vorwurf ganz direkt das Menschsein abgesprochen wird.

- (3) Befunde zum steigenden Misstrauen gegenüber traditionellen Medien und öffentlicher Information sind eigentlich im längerfristigen Vergleich zu relativieren. Außerdem ist prinzipiell Skepsis gegenüber Medien, solange sie nicht pauschal und faktenfrei zu einer Fundamentalopposition oder Feindseligkeit eskaliert, durchaus auch

positiv zu sehen. Mündige Teilhabe am demokratischen Prozess bedeutet auch kritisch und nicht bloß akklamierend auf Informationen und deren Überbringer zu reagieren. Es lässt sich außerdem beobachten, dass die Kritik an der Medienöffentlichkeit häufig selektiv erfolgt, also auf bestimmte Mediengattungen und -plattformen oder Themenbereiche begrenzt bleibt und selbst große Medienskeptiker/innen bestimmten Medien ein pragmatisches Vertrauen entgegenbringen.

Wenn Menschen eine Information, der sie online begegnet sind, überprüfen wollen, so sind für diese Bemühungen etablierte Medienmarken und die Öffentlich-Rechtlichen immer noch am ehesten die Kanäle der Wahl. Bei dieser gezielten Überprüfungshandlung wird aber auch die zunehmende Rolle der digitalen Intermediäre sichtbar, denn googeln ist eine etablierte Strategie der Nachrichtenverifikation.

2.3 Populismus gegen Medien – Medien des Populismus

Die vorhandene Skepsis gegenüber Medien der öffentlichen Kommunikation wird dabei auch zusehends strategisch von politischen Gruppen, insbesondere rechtspopulistischen Gruppierungen quer durch Europa aufgegriffen. Wesentliches Element populistischer Kommunikationsstrategien sind die Elitenkritik und ein Aufbegehren als vermeintlicher Advokat des einfachen oder wahren Volkes gegen die Mächtigen und deren Einfluss. Neben den «Altparteien» oder Systemparteien werden dabei rhetorisch insbesondere auch die Systemmedien oder Mainstreammedien als Feindbilder aufgebaut und unabhängige, insbesondere öffentlich-rechtliche Medienanstalten als Feindbilder kultiviert. Journalismuskritik, bezogen sowohl auf seine Inhalte, wie auch auf die Strukturen oder Geschäftspraktiken, unter denen diese entstehen, ist grundsätzlich absolut legitim und auch für die Funktionsfähigkeit von Medienöffentlichkeit als gemeinsame gesellschaftliche Räume essentiell. Das gilt einerseits für Kritik an der Auswahl und Aufbereitung von Themen oder der Präsentation und Bewertung von Inhalten. Andererseits auch für Kritik an Strategien der Aufmerksamkeitsmaximierung, etwa durch verkürzend zugespitzte Click-Schlagzeilen oder an unscharfen oder zu wenig kenntlich gemachten Abgrenzungen zwischen redaktionellen und werblichen Inhalten. Problematisch wird Journalismuskritik, wenn diese oft undifferenziert und interessengeleitet geführt wird. Die Charakterisierung von traditionellen Akteuren als elitenhörigen Mainstreammedien erlaubt es unter anderem umso leichter, Bürger/innen zu alternativen Informationsschauplätzen zu navigieren. Das können dann entweder direkte Social-Media-Kanäle von Parteien oder auch Netzwerke eigens etablierter Mediumgebungen sein. Diese verwirklichen gerade das, was Populist/innen den Medien vorwerfen: einseitig und unausgewogen eine bestimmte Sichtweise zu befördern.

Ein zentrales Element der populistischen Kritik am öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist dabei die Gebührenfinanzierung. Diese macht zwar den Rundfunk eigentlich gerade unabhängig von ökonomischem Druck und widerstandsfähig gegenüber politischen

Begehrlichkeiten. Sie lässt sich als eine «Zwangsgebühr» aber auch leicht emotionalisieren und als Beleg für ebenjene Staats- und Systemnähe umdeuten, gegen die sich die populistische Rhetorik wendet. Allerdings gibt etwa das schweizerische Beispiel auch Anlass zur Zuversicht. Dort hatte sich die Bevölkerung gegen die Abschaffung der Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ausgesprochen. Offenbar konnten die Argumente für die Gebühr und die gesellschaftliche Relevanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer breit getragenen Kampagne gegenüber politischen und medienökonomischen Motiven für die Abschaffung die Oberhand behalten.

Bei aller Medienkritik von Seiten des Populismus darf zweierlei nicht übersehen werden: Erstens, dass – wie etwa am österreichischen Beispiel gut belegt – auch symbiotische Verhältnisse zwischen Populismus und kommerzorientierten Medien bestehen, sofern diese von einer gemeinsamen Empörungsbewirtschaftung profitieren können. Zweitens darf die strategische Instrumentalisierung populistischer Kritik an Medien der öffentlichen Kommunikation nicht dazu führen, Medienkritik per se und grundsätzlich als populistisch motiviert abzutun. Das beinhaltet auch Kritik an Gebührenmodellen.

2.4 Europa – gemeinsame Erfahrung, aber keine gemeinsame Öffentlichkeit

Quer durch Europa werden im Wesentlichen ähnliche Erfahrungen mit diesem neuerlichen Strukturwandel der Öffentlichkeit gemacht. Im Detail unterschiedlich, sind sie in der Essenz vergleichbar. Unterschiede basieren auf verschiedenen ausgeprägten Traditionen und Erfahrungen mit freien Medien und der Stärke eines unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks wie auch politikfern und stabil aufgestellten privatwirtschaftlichen kommerziellen Medienanbietern. Auch das Ausmaß populistischer Strömungen hat etwa auf die öffentliche Agitation gegen publizistische Medien Einfluss. Während die fehlende Unabhängigkeit der Medien variiert, kann die Erosion etablierter Finanzierungsmodelle und damit ökonomischer Druck auf den Journalismus überall beobachtet werden. In finanzieller Hinsicht kommen die größten Herausforderungen aber in der Regel von außerhalb des traditionellen journalistischen Spektrums, haben mit geänderten Mediennutzungsmodi zu tun und zeigen sich etwa in Gestalt jener Digitalgiganten, deren Plattformen heute bereits einen erklecklichen Anteil der Werbebudgets abschöpfen.

Während also Herausforderungen der Öffentlichkeit im europäischen Vergleich überall in ähnlicher Weise zu beobachten ist, hat sich eines nach wie vor kaum herausgebildet: eine dezidiert europäische Öffentlichkeit. Wie bereits angesprochen, wurde Öffentlichkeit lange Zeit auf nationalstaatliche Territorien bezogen diskutiert, und die medienpolitischen Maßnahmen und Funktionsvorgaben sind auch auf Nationen fokussiert. Mit der Europäisierung wird aber die politische Teilhabe, die notwendige gesellschaftliche Selbstbeobachtung und Selbstthematisierung auch auf eine überstaatliche Ebene transformiert.

Wenn ein nationales Gemeinwesen Medienöffentlichkeit als gemeinsamen Begegnungs-ort braucht, dann gilt das für ein europäisches Gemeinwesen erst recht. Obwohl die digitalen Plattformen, die zur Vielfalt der medialen Räume heute wesentlich beitragen, grenzüberschreitend kommunizieren und aus technischer Hinsicht transnationale Kommunikation möglich wäre, ist eine europäische Öffentlichkeit als ein gemeinsamer Begegnungsraum für Europäer/innen oder zumindest Bürger/innen der Europäischen Union allerdings bisher allenfalls in Ansätzen erkennbar (Schwarzenegger 2017). Ihr weitgehendes Fehlen ist ein Teil der sogenannten Defizittriade aus den sich wechselseitig bedingenden Defiziten an Demokratie, Öffentlichkeit und Identität – also eine Essenz von fast allem, was kritisiert wird am Europa der Union.

Die Möglichkeit einer europäischen Öffentlichkeit oder – vorsichtiger formuliert – Öffentlichkeiten zwischen Europäer/innen wird seit den frühen 1990er Jahren, und seit der Intensivierung des Einigungsprozesses durch die Verträge von Maastricht mit unterschiedlich starker Aufmerksamkeit diskutiert. Gegen die Etablierung einer einzigen europäischen Öffentlichkeit sind seither fehlende Strukturen, etwa mangelnde paneuropäische mediale Öffentlichkeitsräume, aber auch das Fehlen einer gemeinsamen Sprache identifiziert worden. Es wurde daher eher die Europäisierung nationaler Öffentlichkeiten als ein Indikator von europäischer Öffentlichkeit angenommen. Das sind themenspezifische Verdichtungen von Kommunikation in europäischen Nationalstaaten, welche sich gleichzeitig auf gemeinsame, als europäisch erkannte (und damit meistens auf die politische Arbeit der Union gerichtete) Themen bezieht. Wenn in verschiedenen medialen Räumen zur gleichen Zeit über dasselbe Thema gesprochen wird, bedeutet das allerdings noch nicht, dass die verschiedenen Diskurse auch aufeinander Bezug haben oder einander zumindest wahrnehmen. Es können auch viele Stimmen sein, die sich gegenseitig ignorieren, und damit *separated* statt *shared spaces*.

Seit Bestehen der Europäischen Union ist es zudem noch nicht gelungen, einen europäischen Journalismus zu etablieren. Auch transnationale Journalismusprojekte sind eine Rarität. Europäische Themen werden typischerweise nach wie vor nicht als gemeinsames europäisches Unterfangen, sondern durch nationale Brillen und nicht entsprechend der voneinander abweichenden Blickwinkel verschiedener Länder, Regionen oder Akteure betrachtet. Dies ergibt sich teilweise daraus, dass Journalismus sein Publikum nach wie vor national verfasst versteht und dessen Interessen bedienen möchte. Aber auch daran, dass nationale Politik Europa nach wie vor aus nationaler Sicht betrachtet und diese Perspektive durch Berichterstattung reproduziert wird. Somit lässt sich zwar eine Zunahme von nationalen Perspektiven auf europäische Themen und Ereignisse in der Medienöffentlichkeit konstatieren. Es mangelt aber an europäischen Erzählungen, die auch europäisch bleiben dürfen und nicht für nationale Medienunternehmen, -märkte und national gedachte Publika adaptiert oder maßgeschneidert werden. In diesem Sinne ist Journalismus in Europa nach wie vor häufig «europablind» (Langenbacher 2010).

Lediglich einzelne Medienevents schaffen es kurzfristig, eine Art europäischer Begegnung im medienöffentlichen Raum zu kristallisieren. Zentrale Beispiele neben Katastrophen oder Terroranschlägen sind Sportereignisse und der Eurovision Song Contest. Interessanterweise sind es gerade keine dezidiert politischen Ereignisse, die Europa zusammenbringen, sondern gemeinsame Erlebnisse, auf denen Gemeinschaft gründen kann.

Vielleicht, so meinen manche Forscher/innen daher auch, wäre es nötig, erst zu beobachten und zu verstehen, wie sich Europa im Alltag vollzieht und in welchen öffentlichen Räumen sich europäische Medienräume konstituieren, ehe jemand den Mangel eines spezifischen Verständnisses von Öffentlichkeit beklagt. Das hieße, statt vor allem auf das «Elitenprojekt» Europa der EU zu blicken, auch zivilgesellschaftliche und alltägliche Aktivitäten von unten zu thematisieren. Bezeichnenderweise sind es ausgerechnet wieder rechts-populistische und nationalistische Akteure, die es schaffen, ihre Agenda gemeinschaftlich in Europa zu akkordieren. Positive Bezugnahmen auf Europa erscheinen dagegen weniger breit organisiert und zivilgesellschaftliche Initiativen wie «Debating Europe» können wenig Resonanz erzeugen.

3 Was getan werden könnte, öffentliche mediale Räume als soziale Begegnungsstätten zu bewahren und neu zu denken

Die Herausforderungen des Strukturwandels der medialen Öffentlichkeit sind vielfältig und in ihren Folgen teils widersprüchlich. Damit öffentliche Medienräume auch in Zukunft als Räume der Begegnung und der demokratischen Debatte erhalten bleiben, braucht es daher mindestens ebenso vielschichtige Lösungsansätze. Mögliche Handlungsfelder für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement sind entsprechend nicht abschließend zu benennen. Es folgen daher exemplarische Ansätze für Handlungsfelder.

Gerade im Kontext der Medien können politische Maßnahmen nicht auf einen einzelnen Bereich beschränkt bleiben. Der umfassende Wandel der Öffentlichkeit und die neue Vielfalt von durch Medien bereitgestellten Räumen der Begegnung, die jeweils spezifische Exklusionslogiken mit sich tragen, müssen ganzheitlicher begriffen werden. Erschwerend kommt hinzu, dass wir auch als Gesellschaft und mittels sie beobachtender Wissenschaften erst dabei sind zu verstehen, welche Bereiche der Wandel der medialen Öffentlichkeit mit umfasst und welche Konsequenzen das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwesen haben kann. Die Zukunft der geteilten Räume öffentlicher Medien zu sichern ist damit zu einem gewissen Grad eine paradoxe Aufgabe. Während es einerseits wichtig ist, die Funktionen der Medienöffentlichkeit und ihrer institutionalisierten Bereitsteller zu bewahren, ist es andererseits auch nötig, Formen der Öffentlichkeit neu zu denken und zu bewerten.

3.1 Erinnerung als ein gemeinsamer Raum der Medienöffentlichkeit

Medienöffentlichkeit ist ein wichtiger Katalysator der gesellschaftlichen Erinnerung und Erinnerung ihrerseits wiederum ein zentraler Bestandteil jeder kollektiven und individuellen Identitätsarbeit. Erinnerung an sozial bedeutsame Ereignisse, der Umgang damit und auch die gesellschaftliche Thematisierung des gemeinsamen Vergessens bieten eine Möglichkeit zur Orientierung und zur kritischen Beschäftigung mit aktuellen Selbst-erzählungen – als Deutsche, als Europäer oder jemand anderes.

Das ist gerade in einer öffentlichen Debattenkultur wichtig, in der fehlendes Innehalten, Gehetztheit und schnelle Affekte als emotionale Reaktionen zentrale Kennzeichen geworden sind. Eine Gesellschaft, die selbstbestimmt und aufgeklärt über sich selbst entscheiden und

sich selbst steuern soll, braucht dazu öffentliche Räume, in denen auch über unterschiedliche Erinnerungen und widersprüchliche Narrationen gestritten werden kann.

Wichtig ist es, dass dafür einerseits Räume geschaffen werden. Andererseits müssen Spuren und Überreste öffentlicher Kommunikation als Ressource zur Erinnerungsarbeit erhalten bleiben – bewahrt in Archiven, aufbereitet als Gegenstand der öffentlichen Debatte und zirkulierend auf digitalen Plattformen, auf denen Erinnerungsarbeit auch von zivilgesellschaftlichen Akteuren geleistet werden kann.

Entgegen der Redewendung, dass im Netz niemals etwas vergessen wird, ist der Zugang zur medialen Erinnerung indessen keineswegs gewährleistet. Der zukünftige Zugang, aber auch bereits der heutige Austausch in sozialen Medien liegt nahezu ausschließlich in der Hand jener Unternehmen, die die Plattformarchitektur für digitale Kommunikation zur Verfügung stellen. Ob wir in einigen Monaten, Jahren oder Jahrzehnten noch nachvollziehen können, wie damals in den sozialen Netzwerken reagiert wurde, als in Paris Notre-Dame brannte, wie viel Anteilnahme ausgedrückt und wie viel Verschwörungsgarn gesponnen wurde, hängt aktuell zu guten Teilen vom Gutdünken und vom Fortbestehen heute dominanter Konzerne ab. Und wo Medieninhalte von gestern und vorgestern als Ressource prinzipiell zugänglich wären, bestehen ökonomische Zugangshürden oder rechtliche Verwertungsbeschränkungen. Neuerungen im Urheberrecht auf nationaler wie europäischer Ebene sind in diesem Sinne so zu gestalten, dass sowohl die Rechte der Urheber/innen wie auch die Möglichkeit zur Verwertung bestmöglich erhalten bleiben, damit weder die wissenschaftliche noch die zivilgesellschaftliche Arbeit mit Medieninhalten als Quellenmaterial und Rohstoff schwieriger oder verunmöglicht wird. Verfügbarkeit, Zugänglichkeit und Verwertbarkeit von medienöffentlichen Quellen zur gesellschaftlichen Erinnerungsarbeit zu gewährleisten, sollten in diesem Sinne zu verfolgende Ziele sein.

Initiativen zur Sicherung des audiovisuellen und digitalen Erbes voranzutreiben wäre ein notwendiger Schritt, um Verwertungsmöglichkeiten bereitzustellen, etwa im Rahmen von großzügigen Fair-use-Regelungen.

Gerade eine der Institutionen, die für das Funktionieren der Medienöffentlichkeit mit einem gesetzlichen Auftrag ausgestattet ist, wird mit der Bewahrung der kollektiven Erinnerung aktuell ziemlich alleingelassen: Denn die Bestimmungen zur langfristigen Nutzbarkeit der Inhalte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sind durch strenge rechtliche Beschränkungen für diese Zielsetzung aktuell kontraproduktiv – könnten aber einen verhältnismäßig leicht zu beeinflussenden Bereich darstellen. Die digitale Zugänglichkeit, aber vor allem die mittel- und langfristige Bewahrung und Erhaltung von einmal produzierten Inhalten (z.B. durch Mediatheken oder das Zugänglichmachen auf den Plattformen von Drittanbietern) würde einen – jedoch keinen exklusiven – Baustein für gesellschaftliche Erinnerung darstellen. Die zukünftige Verständigung der Gesellschaft über sich selbst sollte nicht von bestimmten Plattformbetreibern und leicht verfügbaren Materialien gesteuert werden oder jenen vorbehalten bleiben, die ökonomische Hürden überwinden können.

Erinnern ist ein probates Mittel gegen das Vergessen. Öffentliche Medien für die zukünftige Erinnerung zu erhalten und zu sichern, ist eine gesellschaftliche Notwendigkeit und eine politische Aufgabe.

3.2 Öffentliche Räume der Entschleunigung

Gedächtnis und Erinnerung bedeutet auch, Inhalte längerfristig zu bewahren und in aktiver Auseinandersetzung zu behalten. Sie können also auch als ein Faktor der Entschleunigung begriffen werden. Die Geschichte der medialen Öffentlichkeit durch digitale Medien hingegen ist eine Geschichte der Beschleunigung. Mit dem aufkommenden 24-Stunden-Nachrichtenzyklus ab den 1980er Jahren, die in den frühen 1990er Jahren mit den immer weiter verdichteten Aktualisierungsintervallen der Onlinemedien fortgesetzt wurde, verändert sich öffentliche Kommunikation. Immer mehr Inhalte werden für immer kürzere Aufmerksamkeitseinheiten bereitgestellt. Durch die dauerhafte Optionalität von gleichzeitig verfügbarem werden für Nutzer/innen Entscheidungen notwendig und die Wahrscheinlichkeiten des Versäumens größer. Vielfach beobachten können wir daher auf Seiten des Journalismus, aber besonders auch in Nutzer/innenkommentaren in sozialen Medien eine affektgetrieben beschleunigte Debatte. Teilen, Gemeinsamkeit und eine nachhaltige, bei aller Kontroverse dennoch auch wertschätzende Debatte, die eventuell sogar empathischen Perspektivenwechsel beinhaltet, braucht hingegen Zeit und Verlangsamung. Es wären daher solche Medienumgebungen und Formate zu befördern und zu unterstützen, die gezielt auf Entschleunigung, Nachhaltigkeit und Tiefe setzen. Entschleunigung bedeutet nicht Langeweile, obschon auch Langeweile in gehetzten Zeiten nicht schaden muss.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk und Medien des Qualitätsjournalismus bleiben auch in Zukunft zumindest mittelfristig für das Gelingen der gesellschaftlichen Debatte, die Koordination des Gemeinwesens und demokratische Willensbildung von zentraler Bedeutung. Lösungen jedoch, die einseitig auf eine Stärkung und Qualitätssicherung der etablierten und traditionellen publizistischen Medien setzen, vernachlässigen einen beträchtlichen Teil der neuen und hochfrequentierten medialen Räume der Öffentlichkeit. Ökonomischer Druck unterspült die gesellschaftliche Funktion der publizistischen Medien. Das unterstreicht die Bedeutung insbesondere öffentlich-rechtlicher Medien und von zumindest teilweise von Marktlogiken freigespielten Finanzierungsmodellen, um Journalismus gegen diesen Druck zu stabilisieren. Grundfunktionen der Medienöffentlichkeit und publizistische Vielfalt auch ökonomisch zu sichern, ist daher ein wichtiges Ziel medien- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen. Zugleich aber dürfen sie nicht einseitig konservierend oder restaurativ auf bisherige Formen der Öffentlichkeit gemünzt gedacht werden. Insbesondere müssen die dynamischen Beziehungsgeflechte zwischen traditionellen Akteuren der Öffentlichkeit, digitalen Plattformen als Intermediären und persönlichen Kommunikationsnetzwerken intensiver als Dimensionen des gesellschaftlichen Dialogs berücksichtigt werden. Gerade angesichts lebensweltlicher Mobilität sind heute

bereits viele Menschen – und nicht nur die Studierenden mit Erasmuserfahrungen oder elitäre Geschäftsreisende, die ihren Alltag zwischen verschiedenen nationalen Räumen koordinieren oder Menschen, die in Grenzregionen leben – situativ oder dauerhaft trans-europäisch an Kommunikation beteiligt. Während Diskussionen rund um Öffentlichkeitsstrukturen nach wie vor stark die Rolle nationaler Bezugssysteme im Blick haben, gibt es immer mehr Menschen in Europa, die sich durch Migrations- und Mobilitätserfahrungen an verschiedenen nationalen und internationalen Medienöffentlichkeiten beteiligen und grenzüberschreitende Kommunikationsbeziehungen (zu Familien, Freunden, Communities) durch digitale Medien unterhalten und stabilisieren. Hier lässt sich vielleicht von der bereits existierenden Realität der Nutzer/innen für die Etablierung und Förderung von Strukturen lernen.

3.3 Mediale öffentliche Räume – lokal, translokal und europäisch

Häufig wird dem Lokaljournalismus eine zentrale Bedeutung für demokratische Willensbildung und Partizipation zugeschrieben. Zwar sprechen der Wegfall von Lokalredaktionen und Synergien zu großen Redaktionszentren dagegen, dass die Zukunft des Journalismus tatsächlich im Lokalen liegt. Inspiration kann der Lokaljournalismus durch die Berichterstattung mit persönlich und überindividuell relevanten Themen aber dennoch auch für das Thema Europa liefern. Zu fördern ist in diesem Sinne gleichfalls ein europäischer Journalismus als ein transnationaler Journalismus, der sich als ein translokaler Journalismus verwirklicht. Intention ist, dass er Orte und Räume miteinander verknüpft und deren Beziehung zueinander, ihre Verbundenheit durch gemeinsame Betroffenheit betont und nachvollziehbar aufbereitet. Das kann insbesondere bei großen gesellschaftlichen Aufgaben wirksam werden, die nicht nur lokal oder national zentriert auftreten, sondern sich in unterschiedlichen Konstellationen, Städten und Regionen in verschiedener Form (Großthematiken wie Migration, Klimawandel, Energiewende oder Ernährung etc.) bemerkbar machen und Gebiete oder Regionen indirekt zueinander in Beziehung setzen. Translokale Multiperspektivität, die lebensweltliche Erfahrungen, aber eben auch deren Unterschiedlichkeit im Kontext eines gemeinsamen Phänomens darstellt und begreifbar macht, wäre eine Form von konstruktivem Journalismus, die in verschiedenen kleinen Versatzstücken einen europäischen Journalismus realisieren helfen kann. Dieses Modell ist jedoch nicht ausschließlich auf grenzüberschreitende, europäische Translokalität hin zu denken. Auch innerhalb Deutschlands können so unterschiedliche Lebenswelten zwischen urbanem und ländlichem Raum, Nord und Süd, West und Ost miteinander in Dialog gebracht werden und eine Multiperspektivität ermöglichen. Das kann die Saarländerin dem Sachsen ebenso näherbringen wie auch helfen, potentiell unversöhnliche Gruppen wie Franken und Bayern in einem gemeinsamen medialen Raum zusammenzuführen und Erfahrungen vergleichbar zu machen. Anstelle einer ausschließlichen Implementierung «von oben» (z.B. ausgehend von europäischer Politik oder als exklusives Projekt von

europäischen Öffentlich-Rechtlichen) oder ausschließlich «von unten» (z.B. ausgehend von Graswurzel-Initiativen), ließe sich ein solcher transnational-translokaler Journalismus am effektivsten in Kooperation verschiedener Akteure realisieren. Denkbar wären beispielsweise journalistische Projekte, die zwischen etablierten europäischen Massenmedien und Lokalmedien vermitteln und Übersetzungsleistungen in die alltäglichen Lebenswelten der europäischen Bürger/innen übernehmen.

Grundsätzlich sind neue Wege und Pionierleistungen (Hepp/Loosen 2019) der Nachrichtenvermittlung, der Informationsaufbereitung und neue Erzählformen (Datenjournalismus, Sensorjournalismus) zu unterstützen. Das kann im traditionellen Journalismus erfolgen oder außerhalb desselben etwa im Start-up-Bereich oder in Kooperation mit diesem. Es bedeutet andererseits auch in der öffentlichen Debatte selbst eine Abkehr von einer Defizitrahmung zu finden, die Transformationen des Journalismus primär als Bedrohung begleitet. Ein politisches Ziel kann es daher sein, Lösungen dort zu suchen, wo es bereits Pionierleistungen gibt. Zu nennen sind hier insbesondere Formate, die sich genau darum bemühen, besonders abstrakte oder schwer zu vermittelnde Themen außerhalb der eigenen Erfahrungswelt zu veranschaulichen. Exemplarisch wurde im Bereich des Sensorjournalismus etwa das Projekt *Super Cow* präsentiert (Hepp/Loosen 2019), das anhand von sensorisch erfassten und übermittelten und automatisiert in Texte übertragenen Daten, den Lebensalltag von Milchkühen in verschiedenen Haltungsformen veranschaulichen sollte. Ziel dahinter war es das manifeste Resultat von im Supermarkt in verschiedenen Preisstufen erhältlicher Milch mit den dahinterstehenden Tierschicksalen verknüpfen zu können, um zu zeigen, welche Lebensunterschiede sich aus einer Differenz weniger 10-Cent-Beträge ergeben.

Ein vermeintliches Zauberwort im Umgang mit den Fragmentierungs- und Desinformationsbemühungen, die die Debatten- und Begegnungskultur in öffentlichen Medienräumen unterminieren, manipulieren und zerstören könnten, ist «Medienkompetenz». Gleichzeitig bleibt meist vage, was damit gemeint ist. Nötig ist jedenfalls ein erweitertes Kompetenzverständnis, das über die reine Handhabung und Oberflächengestaltung mit technischen Geräten hinausgeht, sondern auf eine umfassendere «Medienmündigkeit» abzielt. Es darf sich auch nicht in einer Romantisierung der vermeintlich breiteren Informationshorizonte und funktionsfähigeren Medienöffentlichkeit in vergangenen Zeiten verlieren. Untersuchungen zum Umgang mit als «Fake» vermuteten Onlineinhalten zeigen, dass dabei zwischen Wissen und Tun noch einmal Welten liegen können. Zwar ist einerseits oft bekannt, worauf man achten müsste, die tatsächliche Umsetzung aber kann sehr naiv sein und bloß nach der Bestätigung des eigenen Weltbilds suchen.

Über die individuelle Kompetenz hinaus ist aber auch eine öffentlich geführte Debatte über die in Algorithmen übersetzten Entscheidungsgrundlagen für automatisiert ablaufende Prozesse vonnöten. Sie sollte in den Medien, aber darüber hinaus auch im öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Zusammenleben stattfinden. Algorithmen, Suchmaschinen und künstliche Intelligenzen operieren nicht ohne Grundlage, sondern auf Basis von Entscheidungen

und Annahmen über einen Norm-, Ist- oder Sollwert. Hierzu braucht es eine transparente Debatte, damit Algorithmen weder als rein objektive Entscheider gerahmt werden können noch als autonome nicht-menschliche Akteure, hinter denen man sich distanzierend zurücknehmen kann. Auch über den Umgang mit nicht wünschenswerten oder illegalen Inhalten in medienöffentlichen Räumen muss transparent diskutiert werden. Dazu braucht es Kategorien, Kenntnis und Kompetenz. Einerseits dürfen Plattformbetreiber nicht aus der Verantwortung gelassen werden, sie können aber andererseits auch nicht die alleinige Bürde für Löschungen und die «Sauberkeit» der Plattformen schultern – die Durchsetzung von Recht im digitalen Raum kann nicht einfach an private Unternehmen delegiert werden. Löschdienste und Internetcleaner sind nur ein Teil der notwendigen Maßnahmen. Automatisierte Löschungen und ausgeblendete Inhalte müssen transparent diskutiert werden. Nur eine mediale Öffentlichkeit, die sich transparent orientieren und mündig darüber befinden kann, was als unzulässiger Teil der Öffentlichkeit ausgeblendet wird, kann zu einem offen informierten Raum der gesellschaftlichen Debatte beitragen.

Literatur

- Birkner, Thomas (2012): *Das Selbstgespräch der Zeit. Die Geschichte des Journalismus in Deutschland 1605–1914 (Öffentlichkeit und Geschichte, 4)*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Birkner, Thomas; Löblich, Maria; Tiews, Alina Laura; Wagner, Hans-Ulrich. (Hrsg.). (2016): *Neue Vielfalt. Medienpluralität und -konkurrenz in historischer Perspektive (Öffentlichkeit und Geschichte)*. Köln: Herbert von Halem Verlag.
- Boczkowski, P. J., Mitchelstein, E. & Matassi, M. (2018): «News comes across when I'm in a moment of leisure»: Understanding the practices of incidental news consumption on social media. *New Media & Society*, 146144481775039. www.doi.org/10.1177/1461444817750396.
- Fletcher, R. & Nielsen, R. K. (2017): Are News Audiences Increasingly Fragmented? A Cross-National Comparative Analysis of Cross-Platform News Audience Fragmentation and Duplication: Are News Audiences Increasingly Fragmented? *Journal of Communication*, 67(4), 476–498. www.doi.org/10.1111/jcom.12315.
- Geiß, Stefan; Magin, Melanie; Stark, Birgit; Jürgens, Pascal (2018): «Common Meeting Ground» in Gefahr? Selektionslogiken politischer Informationsquellen und ihr Einfluss auf die Fragmentierung individueller Themenhorizonte. *Medien & Kommunikationswissenschaft*, 4/2018: 502–525. www.doi.org/10.5771/1615-634X-2018-4-502.
- Hepp, Andreas; Loosen, Wiebke (2019): Pioneer journalism: Conceptualizing the role of pioneer journalists and pioneer communities in the organizational re-figuration of journalism. *Journalism*, 146488491982927. www.doi.org/10.1177/1464884919829277.
- Jarren, Otfried (2019): Fundamentale Institutionalisierung: Social Media als neue globale Kommunikationsinfrastruktur. *Publizistik*, 2019/2: 163–179. www.doi.org/10.1007/s11616-019-00503-4.
- Karlsen, Rune; Steen-Johnsen, Kari; Wollebæk, Dag; Enjolras, Bernard (2017): Echo chamber and trench warfare dynamics in online debates. *European Journal of Communication*, 3/2017: 257–273. www.doi.org/10.1177/0267323117695734.
- Pfetsch, Barbara; Löblich, Maria; Eilders, Christiane (2018): Dissonante Öffentlichkeiten als Perspektive kommunikationswissenschaftlicher Theoriebildung. *Publizistik*, 2019/4: 477–495. www.doi.org/10.1007/s11616-018-0441-1.

- Pörksen, Bernhard (2018). Die grosse Gereiztheit: Wege aus der kollektiven Erregung (1. Auflage). München: Carl Hanser Verlag.
- Schwarzenegger, Christian (2017): Transnationale Lebenswelten: Europa als Kommunikationsraum. Köln: Herbert von Halem Verlag.

Der Autor

Dr. Christian Schwarzenegger ist Kommunikationswissenschaftler an der Universität Augsburg. Im Zentrum seiner Forschung im Arbeitsbereich «Öffentliche Kommunikation» stehen die wechselseitigen Beeinflussungen von gesellschaftlichen Wandelprozessen mit dem Medienwandel. Unter anderem widmet er sich dabei neuen und alternativen Öffentlichkeitsräumen und -akteuren, der Bedeutung von Nutzung und Nichtnutzung (bestimmter) Medientechnologien im Alltag und der digitalen Transformation verschiedener gesellschaftlicher Teilbereiche. In seinem Buch «Transnationale Lebenswelten, Europa als Kommunikationsraum» hat er transnationale Kommunikationsräume in Europa aus einer lebensweltlichen Perspektive von unten anhand deren Bedeutung für Leben und Alltag modelliert.

Impressum

Herausgeberin: Heinrich-Böll-Stiftung e.V., Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Kontakt: Referat Zeitdiagnose & Diskursanalyse, Ole Meinefeld, **E** meinefeld@boell.de

Erscheinungsort: www.boell.de

DOI: <https://doi.org/10.25530/03552.20>

Erscheinungsdatum: Juni 2019

Lizenz: Creative Commons (CC BY-NC-ND 4.0)

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Verfügbare Ausgaben unter: www.boell.de/de/boellbrief

Abonnement (per E-Mail) unter: boell.de/news

Die vorliegende Publikation spiegelt nicht notwendigerweise die Meinung der Heinrich-Böll-Stiftung wider.